Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: 4 (1985)

Heft: 4: Macht und Macher

Artikel: Vom Machtdünkel der Macher

Autor: Geissberger, Werner

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586635

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Holzstich: Emil Zbinden

Vom Machtdünkel der Macher

Am Schluss sitzen Regierung und Wirtschaft am entscheidenden Hebelarm. Wenn die Fernwärme wollen, dann werden auch die Parlamente spuren.» – Also sprach der Aargauer Nationalrat und NOK-Verwaltungsrat Dr. Leo Weber. Er hält ja ohnehin das «gemeine Volk» für reichlich blöd: «...wenn man Kühltürme und Dampfschwaden nicht sieht, steht für sehr viele Leute auch kein Kernkraftwerk mehr dort.»

Solchen Nonsens können heutzutage altgediente Politiker verzapfen, ohne dass sie der Bannstrahl der Lächerlichkeit oder die stille Wut der Bevölkerung zur Räson bringt. Statt energiepolitische Konzepte zu erarbeiten, alternative Energiequellen zu erschliessen und visionäre Vorstellungen zu entwickeln, wird mit blindem Eifer an potemkinschen Dörfern gebaut. Dabei werden alte Versprechungen vergessen und verraten.

Falsche Karten im Spiel

Beweis: Das hauchdünne Nein der ersten Atominitiative zwang die Atombosse zu Konzessionen, verbal wenigstens: Energiesparen, Bedarfsnachweis nach strengen Kriterien, Mitsprache des Volkes beim Bau um-

strittener Atomkraftwerke durch das fakultative Referendum, das war das mindeste, was damals versprochen worden war. Und als sich die Schweizerische Energiestiftung in einem wohlbegründeten, mit wissenschaftlich erhärteten Fakten belegten Report an den Bundesrat wandte und ihre Sorgen über das ungelöste Atomabfallproblem aussprach, da erhielt sie aus dem Bundeshaus tröstliche Post:

«... Gewähr wird bestehen, wenn für alle Abfallarten ausgearbeitete, standortgebundene Projekte mit Sicherheitsberichten und Grundsatzgutachten vorliegen. Alle Kernkraftwerke müssen bis 1985 ‹Gewähr› nachweisen können; andernfalls wird der Bund diesen Kraftwerken die Betriebsbewilligung entziehen. Der vom Bund gesetzte Termin 1985 stellt sozusagen ein quantitatives Mass der Zuversicht des Bundes in die Entsorgungsfrage dar.»

Wer hat da mit gezinkten Karten gespielt?

Mit Verlaub, Herr Bundesrat, Sie wissen doch so gut wie die Energiestiftung, dass unser Atommüll nie und nimmer in der Schweiz abgelagert werden wird. Zwar hat die NAGRA, die dafür verantwortlich wäre, bis Ende 1984 wohlgezählte 211 Millionen Franken verpulvert und pulvert im Schnellfeuer-Rhythmus weiter, Spiegelfechterei im potemkinschen Dorf, um bei unserm Bilde zu bleiben. Denn NAGRA-Präsident Dr. Rudolf Rometsch hat an einer Tagung im Kreise von Kernenergie-Fachleuten, die in Luxemburg stattfand, endlich einmal unverschlüsselt aus der Schule geplaudert:

«Das Projekt Gewähr gibt eine wissenschaftlich-technische Antwort auf eine rein politische Frage, denn angesichts der geringen Zahl von Kernkraftwerken wäre ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in der Schweiz unsinnig. Der Bundesrat hat nun die heikle Aufgabe, diese Antwort ins Politische rückzuübersetzen. Das wird er vor Mitte 1986 kaum schaffen. Wir machen inzwischen mit unserm Forschungsprogramm weiter.»

Höre und staune! NAGRA-Präsident Rometsch hält also den Auftrag, den es zu erfüllen galt – ein ausgearbeitetes Projekt für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in der Schweiz –, für Unsinn. Demnach verpulvern wir Hunderte von Millionen für ein erdwissenschaftliches und geotechnisches Untersuchungsprogramm, wobei das «Endlager» sich als eine weitere Fiktion in unserm potemkinschen Dorf erweist.

Des hohen Bundesrates «heikle Sache»

Diese Tatsache offen einzugestehen – und in diesem Punkte stimmt die Energiestiftung mit der NAGRA überein –, ist für den Bundesrat «eine heikle Sache». Doch keine Bange, Leon Schlumpf wird es mit väterlich-besorgter Miene schaffen, und uns bleibt jegliche Glosse zu diesem kostspieligen Verwirrspiel im Halse stecken. Leon wird gekonnt in die Tasten seiner Handorgel greifen und ihr – unterstützt vom Chor der Elektrizitäts-Lobby – patriotische Töne entlocken. Bei der zurzeit in unserm Lande herrschenden Atmosphäre, die von der Selbstherrlichkeit selbsternannter Eliten geschwängert ist, gilt doch jeder Hinweis auf von Politikern gebrochene Versprechen als «unschweizerisch».

Und im ungestümen Vormarsch in den Atomstaat fordert die Generalversammlung des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke nonchalant: «Der heutige Hindernislauf beim Bau von Kernkraftwerken muss abgebaut werden.» Im gleichen Aufputz soll, so die Meinung des Präsidenten des VSE, Dr. Jörg Bucher, gleich auch noch der Bedarfsnachweis bei der Totalrevision des Atomgesetzes ausgemerzt werden.

Grosse Verdrängung im kleinlichen Land

Unser Land befindet sich in einer zwiespältigen Lage. Die Wirtschaft läuft auf vollen Touren, die Exporte weiten sich aus, bei den Löhnen wird der Teuerungsausgleich gewährt, zur Beruhigung der Gemüter gelegentlich gar eine Reallohnerhöhung dem Füllhorn der Gewinne entlockt.

Die leise «grüne Welle» aber, die auf Gesamtkonzepte zum Schutze von Mensch, Tier und Pflanze drängte, scheint zu verebben. Die Kehrseite der wirtschaftlichen Entwicklung wird krampfhaft übersehen, verdrängt.

Gewinne werden gescheffelt, die Produktivität gesteigert, gut und recht – und unsere Kinder, denen mählich die Luft ausgeht, dürfen wenigstens nach Weihnachten gelangweilt knietief durch den Geschenkberg stapfen.

Mit einem Blick auf den vermutlich rettungslos verlorenen Bergwald stellt Dr. W. Bosshard, Direktor der Eidgenössischen Anstalt für das forstliche Versuchswesen, fest: «Der Glaube an die Machbarkeit fast aller Dinge und an die unbegrenzte Verfügbarkeit von Wasser, Luft und Boden ist irrational und als solcher unbewusst. Eine Kritik an dieser Einstellung löst nachhaltigen Widerstand aus; selbst die intellektuelle Einsicht allein bewirkt keine Verhaltensänderung. Deshalb haben die staatlichen Massnahmen zur Verminderung der Luftverschmutzung in den Alpenländern noch bei weitem nicht den politischen Stellenwert, welcher der tatsächlichen Lage entsprechen würde. Diese Bereitschaft wird erst nach katastrophenartigen Schadenfällen vorhanden sein, wenn es im Alpenraum fast nur noch geschädigte und tote Bestände geben wird.»

Selbstverständlich gibt es Menschen aus allen Schichten des Volkes, die gegen diesen Fatalismus anrennen. Der staatstreue liberale Publizist Oskar Reck beispielsweise, der mit seinen pädagogisch geprägten Leitartikeln alter Schule wie ein erratischer Block aus dem sich in Fakten und Sensationen verlierenden Tagesjournalismus herausragt, seufzt: «Wo heute, auf dem Punkt offenkundiger Zerstörung und faktischer Selbstzerstörung, Freiheit fugenlos in Rücksichtslosigkeit übergeht, bleibt uns allein noch die Chance, Schranken zu setzen. Denn so, abgelöst von aller Verantwortung, war diese Freiheit nie gemeint. Das ist die neue, die vollkommen andere Lage, und wenn wir sie ernst nehmen, beginnt ein Aktivdienst, der uns alle braucht.»

Doch wer könnte Schranken aufbauen, wenn die Dampfwalze scheinbarer wirtschaftspolitischer Sachzwänge alles einebnet? Die Spekulanten ersticken jeglichen Ansatz für ein neues Bodenrecht, die Umweltbelaster aller Schattierungen schlüpfen mit Geschick durch die weiten Maschen zahmer Umweltschutzgesetze, die Landesplaner haben ihren Kampf gegen die Zubetonierer (1,2 Quadratmeter pro Sekunde) längst verloren.

Wer geht da nicht in die Luft?

In diesem Klima, wo Wachheit und Unbändigkeit als Disziplinlosigkeit empfunden werden, wo der störungsfreie Ablauf des Alltagstrotts gar als staatsbürgerlicher Leistungsausweis gewertet wird, kurz, in einem Umfeld, wo sich der Reichtum der Oberschicht, verbreiteter Wohlstand der Mittelschicht, Überalterung und Anpassung gegenseitig beeinflussen und das Lebensgefühl dämpfen, in der erstarrten Schweiz also, ist der übermächtigen Wirtschaft die Domestizierung der Politik gelungen. Die «Firma Schweiz» hat sich abgeschottet, ein lebendiges Miteinander und Gegeneinander ist unter diesen Umständen bei üblicherweise durch die Medien schlecht informierten Bürgern nicht mehr möglich. In der «freien Schweiz» wird ja selbst das «Wort zum Sonntag» der Kirchen von einem Verwaltungsjuristen zensuriert, bevor es ausgestrahlt werden darf...

Es ist daher verständlich, dass sich bei der Pioniergeneration der Schweizerischen Energiestiftung eine Art von Identifikationseffekt mit dem Flugzeugentführer in Franz Hohlers neuester Cabaret-Aufführung einstellt: Ein frustrierter Staatsbürger versucht krampfhaft Kontakt mit dem Bundesrat aufzunehmen. Denn er sei enttäuscht, nachdem er fünfzehn Jahre lang Initiativen und Referenden unterschrieben habe, an Podiumsgesprächen teilnahm, Aufrufe unterzeichnete. Er habe erleben müssen, dass die Situation desto verschissener geworden sei, je ernster er seine staatsbürgerliche Pflicht nehme. Er ersaufe im «Mittelmeer des Durchschnitts», im «Wattenmeer des Dienstweges», im «Meer des Schweigens», im «Strudel der Sachzwänge», fürchte sich vor den «Haien des Profits». Auf Taten warte er vergeblich, dieweil ihm «das leise Schwappen der Vernehmlassungen» einschläfernd in den Ohren rausche.

Was aber würde bei diesem Kurs auf den Eisberg ein Kontakt mit dem Bundesrat nützen? Wer könnte oder wollte das Steuer herumreissen?

Messieurs Jean-Pascal Delamuraz («Wir müssen vor allem Hals-über-Kopf-Massnahmen vermeiden») und Pierre Aubert («Waldsterben gab es immer schon») sehen für die Umwelt keine akute Gefahr. Für den spitzzüngigen und wortgewaltigen Kurt Furgler hat Wirtschaftswachstum im alten Stil erste Priorität, je rasanter, desto besser

(«in der Verbreiterung der Grauholzautobahn sehe ich einen Beitrag zur Verbesserung der Umweltsituation»). Elisabeth Kopp bleibt mit Katalysator und Abgasnormen beim bloss technischen Umweltschutz stehen. Die Frage beispielsweise, warum in unserm Verschleisssystem täglich 300000 Autos zu den Shopping-Centers fahren und 1060000 Arbeitskräfte über die Gemeindegrenze hinweg zu den Arbeitsplätzen pendeln müssen, wird nicht einmal angedeutet. Leon Schlumpf, jovial wie immer, will den öffentlichen und privaten Verkehr zugleich fördern und das Atomkraftwerk Kaiseraugst gegen alle Widerstände durchstieren. Für Hellhörige ist die mit 12 zu 7 Stimmen erfolgte Zustimmung einer nationalrätlichen Kommission zu Armee-Einsätzen im Landesinnern ein sanftes Vorspiel zum unvermeidlichen Paukenschlag. Von Finanzminister Otto Stich wissen wir, dass sein Aug derart vom Budget-Defizit gebannt ist, dass er seine Umwelt kaum mehr wahrnimmt.

Nur bei Bundesrat Alphons Egli ist jener Bewusstseinswandel eingetreten, der Voraussetzung einer sinnvollen Zukunftspolitik wäre («wir brauchen eine totale Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft, um überleben zu können»).

Alles in allem: Auch die oberste Landesbehörde überlässt das politische Aktionsfeld weitgehend den Wirtschaftsmächten. Und dies in einem Mass, dass es selbst der extrem wirtschaftsfreundlichen, vornehmen Neuen Zürcher Zeitung den Atem verschlagen hat!

Unglaublich: NZZ ortet Viererbande im Parlament

Überspitzt ausgedrückt kann man sagen: Wer Macht hat in diesem Lande, der gibt sich seine Gesetze selber. Die Bankiers beispielsweise spielen den Gentleman und fühlen sich beleidigt, wenn ihnen jemand in die Bücher schauen wollte. Die Minderheit der Bodenbesitzer wird jede Revision des Bodenrechtes zu verhindern wissen.

Über den staatlich-privatwirtschaftlichen Totalfilz im Atom- und Fernwärmebereich schweigt des Sängers Höflichkeit. Analysen über falsche Berechnungsgrundlagen werden unter den Tisch gewischt. Bestechungsreislein für Parlamentarier nach Spanien sind ja nur kleine Fische neben dem Geldverschleiss für Abstimmungskämpfe, Repräsentation (Schloss Böttstein) und psycho-politologische Untersuchungen zur Meinungsbeeinflussung. Und selbstverständlich bestimmt Michael Kohn: «Ein Elektrizitätsgesetz ist weder nötig noch tauglich.»

Wird das Fass nicht irgendeinmal überlaufen?

Die Überheblichkeit und der Befehlston von Handelskammern, Vorort, Finanzgrössen in Wirtschaft und Politik stiess endlich selbst bei der NZZ auf Widerspruch. Sie bezeichnet die Verhinderung einer anständigen Aktienrechtsreform durch rechtsbürgerliche Finanzkreise als «Trauerspiel». Hier werde einem «im Ausmass moderaten Anpassungs- und Reformwillen brüsk in den Arm gefallen». Da sei «unter Rädelsführung eines bürgerlichen Verweigerungs-Quartetts» massvoller Fortschritt abgewürgt worden. Die «Wirtschaftsförderung» habe sich zu grotesken Behauptungen verstiegen, es werde der Öffentlichkeit Sand in die Augen gestreut. Und zustimmend wird ein Parlamentarier zitiert, der klarstellte: «Überhaupt keine Bilanz wäre dann wohl besser als eine irreführende», wie sie nach der manipulierten Gesetzesänderung möglich wäre.

Nun, Aktien liegen selbstverständlich der NZZ und ihren Lesern am Herzen. Hier haben die Herren einmal am eigenen Leibe gespürt, wie notwendige Reformen von Wirtschaftsvertretern unter «Hintanstellung der Interessen der Öffentlichkeit» (NZZ) gebodigt werden.

Schade nur, dass die NZZ nicht ebenso eindeutig und klarsichtig Stellung bezieht, wenn die Anliegen des Umweltschutzes und der Energiepolitik zur Debatte stehen und Vorschläge genau in der von der NZZ durchschauten Art und Weise gebodigt werden: zum Schaden des Landes und der Zukunft unserer Kinder.

«Mit ‹Njet› macht man keine Energiepolitik»

Dieser Satz steht als Überschrift über einem Interview mit Michael Kohn, das in der Schweizerischen Handelszeitung abgedruckt worden ist. Das «Njet» übrigens darf als subtile Finesse gewertet werden, soll es doch den braven Bürger an die Drahtzieher erinnern, die angeblich hinter jenen stehen, welche die Umwelt vor weiteren Überlastungen bewahren wollen und in der sturen Gewinn-Optimierung nicht der Weisheit letzten Schluss sehen. Sparen nütze ja ohnehin nichts, versichern die Befürworter zusätzlicher Atomkraftwerke mit folgender schöner Stilblüte: «Die hartnäckige Behauptung der Atomgegner, für den Umweltschutz sei es wirksamer, Geld in Isolations- und anderen Energiesparmassnahmen zu investieren als in den Bau von Kernkraftwerken, ist damit eindeutig widerlegt» (aus «Kernpunkte» 1984).

Wenn unsere Energiepäpste Bannbullen gegen die Energiekonzepte der Umweltorganisationen schleudern und ihre eigenen Vorschläge (Motto: Wir brauchen eins, zwei, drei, viele Atomkraftwerke) recht unreflektiert verbreiten, so fällt auf, dass die «seriöse» Presse in letzter Zeit recht wenig kritische Gegenpositionen entwickelt. Das für die nächste grosse Inseratenserie der Atomlobby günstige «Umfeld» im Textteil wird offenbar gepflegt, das Abblocken des Elektrizitätsspargesetzes wortlos hingenommen, sinnvolle Vorschläge der Naturschutzkreise und der Umweltorganisationen für «grenzkostengerechte Stromtarife» (siehe Brief an den Bundesrat, S. 12) kaum erwähnt.

Energie ist offensichtlich kein Thema mehr. Wir haben genug und übergenug davon, Verschwendungsmodelle sind einfacher zu verwirklichen als ein ökonomisch und ökologisch korrekter Einsatz der Energiequellen oder gar die Entwicklung alternativer Modelle.

Wenigstens hält Professor Dr. Frederic Vester aus München in einem Leserbrief an die Handelszeitung Atel-Präsident und Kaiseraugst-Bauherr Kohn einen kleinen Spiegel vor. Ob er wohl hineinschaut?

Frederic Vester verweist einleitend auf die Energiesituation in Frankreich, wo die Verschuldung der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft in der Grössenordnung von 200 Milliarden Franken und die überdimensionierte Stromproduktion dazu geführt haben, «dass der Stromüberschuss praktisch ins Ausland verschenkt wird, das heisst zu einem Betrag verkauft werden muss, der die Produktionskosten bei weitem nicht deckt. Die Abnahme des französischen Stroms durch die Schweiz müsste also genau umgekehrt kommentiert werden, als es Präsident Kohn tut. Etwa: Zurzeit subventioniert der französische Staat den an die Schweiz gelieferten ‹billigen› Atomstrom. Wenn ihr ein eigenes Kernkraftwerk baut, müsst ihr allerdings die hohen Kosten dieser unwirtschaftlichen Technik (und noch viele Folgekosten für Entsorgung, spätere Abwrackung usw.) selber tragen.

Verblüffend ist ausserdem, mit welcher Bestimmtheit für die 90er Jahre ein wachsender Energiebedarf als gegeben hingenommen wird, obwohl die Tendenz in eine ganz andere Richtung weist. Hat man diesen Bedarf einfach so beschlossen oder wie kommt er zustande? Hier wäre nicht die erste Pleite durch Überkapazitäten aufgrund falscher Prognosen vorprogrammiert. Etwas mehr Weitsicht sollte man unseren Wirtschaftsführern nach den Erfahrungen der letzten Jahre schon zutrauen.»

Zu dem ökonomisch sicherlich korrekten Vorschlag, zusätzlichen Strom zu einem Preis zu verkaufen, der den heutigen Produktionskosten entspricht (grenzkostengerecht), schreibt das Badener Tagblatt in seiner sudeligen Art: «Diese Energiekommissionsminderheit (es handelt sich um eine starke Minderheit von Mitgliedern der eidgenössischen Energiekommission) und das Kernenergiegegner-Kartell wollen uns also mit einem eidgenössischen ‹Elektrizitätsvogt› beglücken, der uns allen einen Strom-Teuerungsschub mit den bedenklichen volkswirtschaftlichen Auswirkungen und ein aufwendiges bürokratisches Korsett beim Stromverbrauch aufzwingen müsste. Auf diese Zumutung kann die Antwort nur lauten: Nein danke!» (vgl. S. 20)

In welchen Kreisen eigentlich wird die «Njet»-Stimmung der Phantasielosen verbreitet? Gewiss nicht bei der Schweizerischen Energiestiftung, die in mehr als einem Dutzend anregender und fachkundiger Reporte mitgeholfen hat, Ideen und Richtlinien einer zukunftsgläubigen Energiepolitik zu entwickeln. Wenn wir bedenken, dass wir dazu unsere eigenen Köpfe gebraucht und die Kosten aus dem eigenen Sack bezahlt haben, dieweil beispielsweise im Staate Bern bei jeder Festschrift zum Geburtstag irgendeiner Parteiprominenz bis zu 30000 Franken allein an Druckkostenbeiträgen aus einem Reptilienfonds flossen – doch lassen wir das, schliesslich ist's eine andere Geschichte aus Tausendundeiner Nacht der schweizerischen Filzokratie.

Will das Volk wirklich betrogen werden?

Werner Geissberger ◆